

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.



Amtsblatt

Der Königl. Amtshauptmannschaft, der Königl. Schulinspektion und des Königl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindevorsteher des Bezirks.

Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk.

Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Industriertes Sonntagsblatt.

Das Blatt ist ebenfalls für den folgenden Tag. Der Beilagenpreis beträgt 50 Pf., wöchentlich 1 Mk. 50 Pf. für den Monat 15 Mk. 50 Pf., für den halben Jahr 75 Mk. 50 Pf., für den ganzen Jahr 145 Mk. 50 Pf.; durch die Post für den ganzen Monat 1 Mk. 25 Pf.

Bestellungen werden angenommen in der Geschäftsstelle Altmärkt 15, sowie bei den Zeitungsboten in Stadt und Land, ebenso auch bei allen Postanstalten.
— Nummer der Zeitungsliste 6687. —
Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Anzeigenpreis: Die 5-spaltige Grundzeile (Zm. No. 20 oder deren Raum 18 Pf., örtliche Anzeigen 12 Pf., Reklamezeile (Zm. No. 17) 40 Pf., die 3-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 5-spaltige Zeile 40 Pf. — Beilagen: Das Tausend Mk. 7. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Der drohende Konflikt mit Amerika.

Die bereits angekündigte Note der Vereinigten Staaten vom 22. April ist am 23. April abends von dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Gerard, im Auswärtigen Amt überreicht worden. Nachstehend veröffentlichen wir den wesentlichen Inhalt:

„Eine sorgfältige, eingehende und gewissenhafte, unparteiische Untersuchung durch Offiziere der Flotte und der Marine der Vereinigten Staaten hat schätzbare Aufschlüsse ergeben, daß die „Suffey“ ohne Warnung oder Aufforderung zur Übergabe torpediert wurde, und daß der Torpedo, durch den sie getroffen wurde, deutscher Herkunft war.“

Nach langwierigen Verhandlungen hat die Kaiserliche Regierung am 19. April 1918 bekanntgegeben, daß sie den Eindruck gemacht hat, daß die Kaiserliche Regierung versetzt, den von der Flotte zu erhaltenden, die für die Flotte durch den Angriff auf die „Suffey“ entstandenen Schaden durch die ganze Länge und den Charakter des Unterseebootskrieges vollständig zu ersetzen, wenn es sich um einen Monat. Wenn die Verletzung der „Suffey“ ein vereinzelter Fall gewesen wäre, würde die Regierung der Vereinigten Staaten die Hoffnung erwidern, daß der für die Tat verantwortliche Offizier seine Befehle eigenmächtig übertreten hätte, und der Verantwortlichkeit durch eine entsprechende Bestrafung in Verbindung mit einer förmlichen Billigung seiner Handlung und Bezahlung einer angemessenen Entschädigung durch die Kaiserliche Regierung Genüge geleistet hätte. Die Regierung der Vereinigten Staaten aber ist durch Ereignisse der neuesten Zeit zu dem Entschluß gelangt, daß es nur ein Fall, wenn auch einer der schwersten und betrübendsten ist für die vorbedachte Methode und den Geist, womit unterschiedenes Handelsversteuern aller Art, Neutralität und Bestimmung pervertiert werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat eine sehr gebührende Haltung eingenommen. Auf jeder Stufe dieser schmerzlichen Erfahrung, von Tragödie zu Tragödie, war sie bestrebt, durch wohlüberlegte Berücksichtigung der ungewöhnlichen Umstände eines Krieges ohne Beispiele der Feindschaft und durch Gefühle echter Freundschaft für Volk und Regierung Deutschlands leiten zu lassen. Sie hat neuen Verhältnissen, für die es keinen Präzedenzfall gibt, jedesmal Zugeständnisse gemacht und war willens, zu warten, bis die Lauffähigkeit unmissverständlich und nur einer Auslegung fähig wurden.

Es ist nun einer gerechten Ausübung ihrer eigenen Rechte schuldig, der Kaiserlichen Regierung zu erklären, daß dieser Zeitpunkt gekommen ist. Es ist ihr zu ihrem Schmerze klar geworden, daß der Gebrauch von Unterseebooten zur Verletzung des feindlichen Handels notwendigerweise gleich unannehmbar ist mit den Grundsätzen der Menschlichkeit, den seit langem bestehenden und unbestrittenen Rechten der Neutralen und den jetzigen Vorrechten der Nichtkombattanten.

Wenn es noch die Absicht der Kaiserlichen Regierung ist, unermüdlich und unterschiedlos weiter gegen Handelschiffe mit Unterseebooten Krieg zu führen, ohne Rücksicht auf das, was die Regierung der Vereinigten Staaten als die heiligen und unbestreitbaren Befehle des internationalen Rechts und die allgemein anerkannten Gebote der Menschlichkeit ansehen muß, so wird die Regierung der Vereinigten Staaten schließlich zu der Folgerung gezwungen, daß es nur einen Weg gibt, den sie gehen kann.

Sobald die Kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich ein Aufgeben ihrer gegenwärtigen Methode des Unterseebootskrieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und beweisen sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben, als die diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung ganz zu kappen. Einen solchen Schritt sieht die Regierung der Vereinigten Staaten mit dem größten Widerstreben im Auge. Sie sieht sich aber verpflichtet, die im Namen der Menschlichkeit und des Rechts neutralen Nationen zu unterbreiten.

Der Note ist eine Anlage beigegeben, in der der Nachweis versucht wird, daß der französische Kanaldampfer „Suffey“ von einem deutschen U-Boote torpediert wurde.

Die deutsche Presse zur amerikanischen Drohung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: Wir halten nach wie vor einen militärisch zweckentsprechend geführten Unterseebootskrieg für ein Kriegsmittel, das viel mehr wert ist als der bisherige unersprießliche Zustand zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten. Wir sind der Überzeugung, daß jenes Kriegsmittel die Nachteile weit überwiegt, die sich aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, ja aus einem deutsch-amerikanischen Konflikt ergeben könnten. In dieser Überzeugung ist der Ausgangspunkt der ganzen Frage und ihrer Entscheidung enthalten.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Über unsere jetzige Stellungnahme kann unseres Erachtens kein Zweifel sein. Die amerikanische Note läßt namentlich mit ihrer Schlussfolgerung deutlich genug erkennen, daß das Washingtoner Kabinett mehr will als eine Erledigung des „Suffey“-Falles. Wir würden deshalb, auch wenn wir in dieser Frage alle Schuld auf uns nehmen und weitgehendes Entgegenkommen beweisen würden, bestmöglichst doch nur eine Hinausschiebung des Bruches erreichen. Daß wir aber eine allgemeine Forderung Amerikas nicht erfüllen können und werden, darüber kann nach den Erklärungen des Reichskanzlers wohl kaum ein Zweifel bestehen. Wir können deshalb nur wünschen, daß wir durch die jetzige Entwicklung eine wirklich uneingeschränkte Bewegungsfreiheit in der Führung des U-Bootskrieges gewinnen.

Der „Berl. Lokal-Anz.“ schreibt in einem 2. Artikel unter der Überschrift: „Die Kunst des Möglichen“: Sie werde die Grundlage aller Entschlüsse bleiben. Die amerikanische Note stelle die deutsche Regierung vor eine der schwerwiegendsten Entscheidungen während des Krieges, die unsere Regierung lediglich vom Standpunkt der Möglichkeit und Klugheit fällen wird. In kühler Erwägung aller Wirkungen, die der Eintritt Amerikas in den Krieg auf Seiten unserer Gegner haben müßte, würden wir zur Antwort an die Vereinigten Staaten gelangen.

Die „Königliche Volkszeitung“: Wenn Wilson bei seiner Drohung bleibt, dann gibt es für uns nur eine Schlussfolgerung: Den Krieg zur See mit allen Mitteln und Folgen! Militärisch würde ein kriegerisches Eingreifen Amerikas wenig zu sagen haben. Es zeigt sich jetzt in Regio, was die Kriegsmacht der Vereinigten Staaten zu bedeuten hat, wo die amerikanische Armee zum Spott für ein paar Räuberhauptleute gemacht wird. Die Pantheas, ob jung oder alt, werden nicht allzu erpicht darauf sein, in Flandern für England zu sterben oder doch zu Krüppeln geschlossen zu werden. Gewiß, Amerika wird im Ernstfall vielleicht noch etwas mehr Munition und Geld den Engländern liefern, aber darum geht es England gar nicht. England braucht zweierlei: Soldaten, die für Englands Interessen kämpfen und sterben wollen und Schiffe mit Lebensmitteln. Alles andere hat für England nur geringeren Wert. Wenn nun England, wie bisher, keine Rechte der Neutralen wahr, wenn Amerika in diesen Kampf um unsere Existenz an die Seite unseres Feinde tritt, dann kann es für uns nur noch das eine Ziel geben: den Sieg mit allen Mitteln! Jedes Schiff, das der englischen Küste mit Lebensmitteln, mit Menschenmaterial, mit Waren oder mit Kriegsmaterial zustrahlt, ist ein Hilfsmittel Englands in diesem Krieg gegen uns; jedes Schiff ist namentlich nach der letzten Erklärung Englands über die Bunkerföhe und die Bereitstellung von Schiffsraum auf neutralen Schiffen zum Hilfsmittel Englands in diesem Kriege geworden. Was dem Feinde zu Lande Eisenbahnen, Wege, Proviantlager, Ernte und Wälder sind, das alles zusammengekommen ist für England ein Schiff, das in seinen Hafen läuft.

In der „Voss. Zeitung“ heißt es: Die Vorfrage sei, ob auf amerikanischer Seite überhaupt noch der gute Wille zu einer Verständigung mit Deutschland vorhanden sei, oder ob man im Weißen Hause entschlossen sei, es unter allen Umständen zum Bruch zu treiben. Die Beratungen im Schoß der Regierung gingen im vollen Bewußtsein der schweren Verantwortung aber durchaus ohne Sorge für den Ausgang des Krieges vor sich.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehrheit wünscht keinen Krieg mit Amerika. Einen solchen Zuwachs an Feindschaft mögen leichtfertige Politiker und Artikelschreiber unterschätzen, die sich in Kraftproben gefallen. Aber das deutsche Volk wird auch das Schwerste ertragen, wenn sich dieses Schwerste nicht abwenden läßt. Es will, daß seine Leiter selber den rechten Weg finden, nicht, daß fremder Wille zum Nachtgebot wird. Der Reichskanzler weiß im Großen Hauptquartier. Niemals seit Beginn des Krieges hat dort eine ernstere Frage die Hüter des Reiches zusammengeführt.

Urteile der Wiener Presse.

Wien, 23. April. (W. I. B.) In Besprechung der Note Wilsons an Deutschland stellen die Blätter fest, daß die Note, obwohl sie so häufig die Menschlichkeit, das Völkerrecht und das Recht der Neutralen betont, gleichwohl eines der einseitigsten und unvollständigsten diplomatischen Schriftstücke ist. Die Blätter weisen dabei auf die Kriegsverletzungen Amerikas hin und auch darauf, daß Wilson noch kein Wort gegen das Vorgehen des Verbandes, insbesondere Englands gefunden habe, dessen Auswanderungsplan das Vorhergehende gewesen sei, während der U-Bootskrieg nur eine Folge darstelle. Die durch die Note geschaffene Lage sei außerordentlich kritisch. Ohne der Antwort Deutschlands vorzuziehen zu wollen, glauben die Blätter, daß sich das Deutsche Reich die wirksamste Waffe gegen die unmenschlichen Auswanderungspläne des Verbandes durch die Note Wilsons nicht werde entwinden lassen. Die Blätter enthalten sich eines eingehenden Urteils, weil die Antwort Deutschlands abgewartet werden müsse, geben jedoch der Überzeugung Ausdruck, daß das Deutsche Reich nach sorgfamer und einschlägiger Erwägung der tiefsten Lage Amerika in würdevoller Weise zu begegnen wissen werde.

Die ungarische Presse.

Budapest, 24. April. (W. I. B.) Die Blätter bezeichnen die amerikanische Note als ein Werk geistiger Verblendung und betonen einmütig die offensichtliche einseitige Stellungnahme Wilsons zu Gunsten Englands und seiner Alliierten, gegen Deutschland und seine Verbündeten. „Pester Lloyd“ schreibt: Mit Verblüffung wird die Nachricht aus dieser Kunde feststellen, daß mitten in einer Weltkrise, derengleichen die Erde niemals gesehen, die Schicksale der mächtigsten Demokratie des Erdenrundes in die Hände eines Mannes gelegt waren, den der Gedanke eines über Millionen von Nichtkombattanten verhängten Hungertodes nicht empörte, den aber angeflacht einiger Dugend — sagen wir zu Unrecht — verurteilter Opfer der deutschen Unterseeboote sich sofort auf die heiligen Vorrechte der Nichtkombattanten besann. „Alkotmány“ schreibt: Es gibt gar keinen Grund, um von der gerechten Verteidigung unserer natürlichen Sache zurückzutreten. Wir haben ja schließlich nicht nur gegen Neutrale und Pseudoneutrale Verpflichtungen, sondern auch gegen uns selbst und unsere Zukunft. Budapesti Hirlap schreibt: Die Antwort der deutschen Regierung wird, wenn hierfür eine Möglichkeit besteht, ganz gewiß die Gelegenheit zur Abwehr des Konfliktes bieten. Sollte aber der Bruch unvermeidlich sein, so wird Deutschland zweifellos auch dies mit ruhiger Würde und im Bewußtsein seiner Kräfte ertragen. „Pester Journal“ schreibt: Das Festhalten am Unterseebootskrieg in der energischsten Art, wie er bislang geführt wurde, ist eine der wichtigsten Fragen Deutschlands geworden, eines der Mittel zum sicheren endgültigen Siege.